

Volkswirtschaft, Inneres und Justiz

Positionspapier FDP.Die Liberalen Aargau

April 2021

Unsere Positionen

- › Wir wollen eine zukunftsorientierte und innovative Volkswirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen im Aargau.
- › Wir wollen, dass sich die Bevölkerung sicher fühlt.
- › Wir wollen Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden, die unbürokratisch für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

Unsere Hauptanliegen

- › Generell: Starker, aber schlanker Staat!
- › Der Aargau schafft die Voraussetzungen, dass im raschen wirtschaftlichen Wandel innovative Arbeitsplätze entstehen, die zu überdurchschnittlicher Wertschöpfung führen.
- › Im Zweifel für die freie Marktwirtschaft. Der Staat hat sich aus wirtschaftlichen Entscheidungen herauszuhalten.
- › Der Kanton hat sich von Unternehmen und Aktivitäten zu trennen, die nicht zum hoheitlichen Bereich gehören.
- › Im Aargau wohnen, heisst sich sicher fühlen!
- › Weniger Verkehrspolizei – mehr Kriminalpolizei, insbesondere gegen die Cyberkriminalität.
- › Alle Verbrechen, insbesondere die Gewaltanwendung, müssen hart bestraft werden.
- › Wenn Prävention nicht greift, müssen die Täter die Repression spüren.
- › Eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft sind auf eine qualitativ hochstehende Justiz angewiesen. Die Verfahren sind zu beschleunigen. Dem missbräuchlichen Ergreifen von Rechtsmitteln muss der Riegel geschoben werden. Im Strafrecht soll das Opfer vor dem Täter geschützt werden.
- › Rolle des Parlaments in Sondersituation und Nostandslagen stärken.

Unsere Ziele und Massnahmen

1. Attraktiver Wirtschaftsstandort – mehr Arbeitsplätze

(vgl. Positionspapier Finanzen und Ressourcen)

Ziele:

- › Konsequente Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Aargau.
- › Rahmenbedingungen, die die Entwicklung von innovativen und starken Unternehmen mit hochstehenden Arbeitsplätzen ermöglichen.
- › Steuerbegünstigter Kanton unter den grossen Kantonen.

Massnahmen:

- › Promotion des Wirtschaftsstandorts Aargau für ansässige Unternehmen und neue Investoren (one-stop-shop).
- › Vermehrte Ausrichtung der Bildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, Bekämpfung des Fachkräftemangels und Förderung der Lehrlingswesens.
- › Konsequenter Ausbau der Digitalisierung im Verkehr mit den Behörden und Amtsstellen.
- › Raschere Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren durch Verkürzung der Instanzenzüge, verschärfte Anforderungen an die Geltendmachung und Rechtsmitteln.
- › Verzicht auf übertriebenen Formalismus auf allen Ebenen.
- › Administrative Vereinfachungen für Kleinbetriebe und Privatpersonen (z.B. Steuerdeklarationen), u.a. durch Hilfe der Digitalisierung.
- › Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Service public für die aargauische Wirtschaft mit allen Energieträgern zu günstigen Preisen durch Liberalisierung.
- › Verzicht auf Strukturhaltung und direkte Wirtschaftsförderung.
- › Wirtschaftsnahes und bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot und entsprechende Wiedereingliederung der Arbeitslosen.

2. Konzentration auf Kernaufgaben/Privatisierung

Ziele:

- › Beschränkung des staatlichen Handelns auf Kernaufgaben.
- › Durchsetzung der Regeln der Corporate Governance bei der im Eigentum des Kantons stehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten und Unternehmen.

Massnahmen:

- › Kritische Beurteilung der Staatsaufgaben.
- › Transparente und klare Governance einführen bei staatlichen und staatsnahen Unternehmen, Anstalten Staatsbetrieben.

3. Starke Gemeinden als Partner des Kantons

Ziele:

- › Stärkung der Gemeindeautonomie.
- › Vermehrte Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen durch interkommunale Zusammenarbeit bis hin zu Fusionen.
- › Gebietsreform zur Effizienzsteigerung durch finanzielle Anreize.

Massnahmen:

- › Erfolgsneutraler Finanzausgleich ohne Verwendung von Steuergeldern.
- › Förderung interkommunaler Zusammenarbeit und von Gemeindezusammenschlüssen.

4. Migration und Integration

Ziele:

- › Bessere und schnellere Integration von Fachleuten.
- › Zurückhaltung bei weniger qualifizierten Personen.

Massnahmen:

- › Erleichterte Bewilligungen für Fachleute.
- › Weniger Bewilligungen für unqualifizierte Personen.

5. Weniger Missbräuche im Asylwesen

(vgl. Positionspapier Asylpolitik)

Ziel:

- › Missbrauchbekämpfung intensivieren.

Massnahmen:

- › Konsequente Durchsetzung des Asylgesetzes in allen Bereichen, inklusive Ausschaffungen und Einschränkung des Ausgangs für definitiv abgewiesene Asylsuchende.
- › Rasche Verfahren. Klärung der Zuständigkeit zwischen den Departementen.
- › Offen bleiben für politisch, religiös und rassistisch Verfolgte. Rassistische Tendenzen und Auswüchse bekämpfen.

6. Stärkerer Schutz vor Kriminalität

Ziele:

- › Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum.
- › Klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Massnahmen:

- › Strafprozessordnung vereinfachen.

- › Bekämpfung von Cyberkriminalität fördern.
- › Optimierung personeller und technischer Mittel der Strafverfolgungsorgane in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Kantonen.
- › Stärkere interkantonale Zusammenarbeit der Polizeiorgane.
- › Duale Polizeistruktur Kantonspolizei / Regionalpolizeien überprüfen.

7. Justiz – Einsatz für eine schnellere Rechtsprechung

Ziel:

- › Leistungsfähige, qualitativ hochstehende und rasche Justiz.

Massnahmen:

- › Konsequente Beschränkung der Rechtsmittelinstanzen auf zwei Instanzen im Kanton und eine Instanz im Bund.
- › Erhaltung der Qualität der Rechtssprechung.
- › Schnellere Urteile, insbesondere beim Verwaltungsgericht und den Familiengerichten.
- › Überprüfung der Verfahrenskosten und Tarife; Abschaffung der Unentgeltlichkeit (z.B. Einwendungsverfahren) und Verstärkung des Äquivalenzprinzips in ausgewählten Rechtsbereichen.
- › Überprüfung der Führungsstrukturen und Organisation von Staatsanwaltschaften, Bezirksgerichten und Konkursämtern.